

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

10.10.1919 (No. 237)

Expedition: Karlsruher-Str. 14, Fernsprecher: Nr. 952, 953 und 954, Postkontonr. Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur C. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braunische Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung auswärts 5 A 90 P. — Einzelnummer 15 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gepaltene Zeile oder deren Raum 35 P. zuzüglich 30 % Leerungsaufschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

** Über die Bekämpfung des Schleichhandels und die Lebensmittelverfälschung

hat das Ministerium des Innern neuerdings Anweisung an die Bezirksämter gegeben, aus der folgendes mitgeteilt sei:

In der badischen Bevölkerung macht sich in zunehmendem Maße wegen der mangelnden Lebensmittelversorgung und dem immer frecher auftretenden Schiebertum lebhafter Unwillen geltend. Schon in Konferenzen mit den Amtsvorständen wurde auf diese Gefahren hingewiesen. Die Erwartungen werden durch die Tatsachen noch übertroffen. In den Städten zeigt sich wegen der neuerlichen Preissteigerungen großer Unwille, die Landwirtschaft dagegen ist wegen nicht genügender Preissteigerung unzufrieden und weigert sich, die von ihr produzierten Lebensmittel abzuliefern. Es ist schwer diese Gegensätze miteinander in Einklang zu bringen.

Die Getreideablieferung hat in verschiedenen Bezirken des Landes erfreuliche Ergebnisse gezeigt. Es sind teilweise die Ablieferungsziffern von der gleichen Zeit des Vorjahres überbieten. In Vorderbaden dagegen, insbesondere in der Gegend zwischen Freiburg und Seelbach, läßt die Ablieferung von Getreide immer noch zu wünschen übrig. Nach eingehender Beobachtung aller Sachumstände kommt man zu der Überzeugung, daß hier die Einwirkung der Großstädte, und das Hamsterwesen der Städte mit einer der Hauptursachen der Schwierigkeiten ist; andererseits aber auch kann man sich des Eindringens nicht erwehren, daß hier in den Bezirken schon die ganzen Jahre hindurch nicht mit genügender Schärfe versucht worden ist, den behördlichen Maßnahmen Geltung zu verschaffen. Die Schwarzschlächtere hat gerade in Vorderbaden große Dimensionen angenommen.

Mit der Kartoffelablieferung steht es auf der ganzen Linie sehr schlecht. Die Ernte ist allerdings um etwa drei Wochen verspätet, gleichwohl aber müßte die Ablieferung von Kartoffeln jetzt in Fluß kommen, wenn nicht ein Teil der städtischen Bevölkerung auf Land ginge und dort die Kartoffelpreise überbiete und wenn nicht dadurch ermuntert die Landwirtschaft erklärt, für den festgesetzten Höchstpreis nicht abliefern zu wollen. Die Frage, ob für Baden die Reichsliste noch um etwas erhöht werden können, wird augenblicklich noch geprüft. Man braucht sich aber darüber ja nicht im Unklaren zu sein; jede Erhöhung, sei sie groß oder klein, wird von der Landwirtschaft als nicht genügend angesehen und von der Stadtbewohner in scharfer Weise kritisiert werden.

Die Amtsvorstände wurden deshalb ersucht, bei den Gemeindeverwaltungen neuerdings darauf zu dringen, daß die Landwirte wenigstens einmal einen Teil ihrer Kartoffelernte zur Ablieferung bringen. In Karlsruhe und Mannheim, aber auch in verschiedenen kleineren Städten des Landes ist schon seit drei Wochen die volle Kartoffelration nicht mehr ausgegeben worden. Ganze Tage hindurch ist die Bevölkerung ohne Kartoffelnahrung gewesen.

Die neuen Anordnungen für den Obstverlehr in großen Städten haben sich allgemein bewährt. Der Handel hat es nun aber versucht, durch Aufgabe von Stückgutlieferungen von 30 Zentner, insbesondere das Obst aufzulösen, weshalb beschlossen wurde, daß das Höchstmaß der Stückgutlieferungen auf 5 Zentner herabgesetzt wird. Das Aufkaufrecht von Obst hat nur die Obstverwertungsgesellschaft. Es muß deshalb verhindert werden, daß Obst in Kaffeehäusern abgehoben wird, wie das insbesondere in der Bodenseeregion im Interesse der Obstverweilener vorkommt. Die Gendarmerie wurde auf diese Mißstände hingewiesen; den Wagenführern, die mit Obst, das ohne behördliche Erlaubnis transportiert wird, erwischt werden, werden die Fahrtausweise entzogen.

Die abermalige Zwangsverwertung für Obst hat eine sehr erfreuliche und recht starke Preislenkung im Gefolge gehabt; die städtische Bevölkerung erkennt dies durchaus an. Die Obstverwertungsgesellschaft ist ein Institut des Bauernvereins und der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Sie wird von der Regierung scharf überwacht und ein etwaiger Überfluß wird zwischen ihr und der Staatskasse verteilt.

Der Automobilverkehr hat in einzelnen Teilen des Landes immer noch nicht abgenommen. Die Landbevölkerung insbesondere ist über das zahlreiche Auftreten der Luxusautomobile sehr beunruhigt, insbesondere dann, wenn diese Automobile nicht zu geschäftlichen Reisen, sondern zu Vergnügungsfahrten Verwendung finden.

Die Bezirksämter wurden nochmals angewiesen, die Zulassungsbefreiungen daraufhin zu prüfen, ob eine Notwendigkeit für die Zulassung besteht. Mietautomobile dürfen nur Zulassungsbefreiungen für den Stadtverkehr haben. Wer über Land fahren will, soll die Eisenbahn benutzen. Die Benzolnot ist derzeit groß, daß größte Sparsamkeit geboten erscheint. Die großen Städte sollten alle in den Durchgangstrassen mindestens einen Doppelposten zur Aufhaltung der Automobile aufgestellt haben. Wo nach Volkswirtschaften vorhanden sind, kann man aus diesen die nötige Mannschaft ziehen. Die Kontrolle der Automobile hat sich nicht nur auf die Durchsicht der Fahrtausweise zu beschränken, sie soll auch Feststellungen über den Zweck der Fahrt, über die Befahrung und den etwaigen Transport von Lebensmitteln vornehmen. Diese Kontrolle ist nicht nur zu Tageszeiten anzuordnen; insbesondere in der Nachtzeit werden mittels der Automobile Schiebergeschäfte besorgt.

Der Kampf gegen das Schiebertum muß mit aller Schärfe geführt werden. Es sollen sämtliche Anzeigen wegen Lebensmittelverfälschung und ähnlicher Delikte veröffentlicht werden. Das Bezirksamt Sinsheim hat damit angefangen und einen sehr guten Weg gezeigt, wie man die Schwarzschlächtere am Volkstörper an den Krangel bringen kann. Es wird natürlich nicht verlangt, daß in dieser Weise der Kampf gegen

die Kleinen Hamsterer aufgenommen werden soll, so gefährlich in seiner Wirkung das Hamstern im Kleinen auch ist. Man wird das Hamstern im Kleinen mit Erfolg so lange nicht bekämpfen können, als es der Behörde nicht gelingt, die zum Leben nötigen Nahrungsmittel auszugeben. Der Kampf muß sich insbesondere auf die Verschönerung von Vieh und Fleisch, auf Getreide und derlei hochwertigen Lebensmitteln erstrecken. Wo sich, was sich insbesondere bei der Mühlenkontrolle zeigt, Widerstand der Gesamtbevölkerung bemerkbar macht, werden ohne Verzug Gendarmereiaufgebots zusammengezogen und die erforderlichen Verhaftungen vorgenommen.

Den Amtsvorständen wurde empfohlen, sich mit den Staats- und Anwaltschaften in genügender Verbindung zu halten, damit stets ein einträchtiges Zusammenarbeiten im Kampfe gegen den Schleichhandel erreicht werden kann.

In Erinnerung gebracht sei auch die Verordnung zur Ausweisung unzuverlässiger Personen. In einzelnen Amtsbezirken hat diese Verordnung verhältnismäßig wenig Beachtung gefunden.

Die Feierabendstunde wird in den Gastwirtschaften in sehr vielen Orten und Städten des Landes nicht eingehalten. Öffentliche Tanzvergnügen finden in großer Anzahl statt. Es wird augenblicklich die Frage nach einer Verschärfung der hier einschlägigen Bestimmungen ventiliert. Aber schon an der Hand der jetzt bestehenden Bestimmungen muß allgemein wieder versucht werden, die Bevölkerung auf Ordnung zu gewöhnen. Gendarmereie und Ortpolizei müssen wieder in schärferer Weise darauf sehen, daß die Bestimmungen eingehalten werden.

Die Arbeitslust der Bevölkerung ist erfreulicherweise wiederbelebt und auch sonst macht sich ein Bedürfnis nach Ordnung und Ruhe bemerkbar. Es sollte insoweit gefestigt, ohne große Kompensationen auch in dieser Richtung hin, dem Gesetze Geltung zu verschaffen.

Branntweinmonopol.

(Übergangsverordnung.)

** Am 1. Oktober tritt das Gesetz über das Branntweinmonopol in Kraft. Mit diesem Tage geht das Eigentum an dem unter steueramtlicher Überwachung stehenden Branntwein auf die Monopolverwaltung über. Die Besitzer von solchem Branntwein (Brennereien, Lager, Reinigungsanstalten) sind verpflichtet, die am 1. Oktober vorhandenen Vorräte alsbald bei der zuständigen Bezirkssteuerstelle anzumelden.

Anmeldepflichtig ist ferner Holzgeist und Terpentintbranntwein, soweit er für den Handel bestimmt ist sowie Brennspiritus, soweit er sich noch nicht im Besitze von Abfüllern, Kleinverkäufern oder Verbrauchern befindet.

Alle Trinkbranntweinbestände des freien Verkehrs (Kirchwasser, Zwelfschgenwasser, Liköre usw.) müssen alsbald bei der Bezirkssteuerstelle angemeldet werden, sofern sie im Besitze von anderen Personen als Verbrauchern sind.

Anmeldungen abzugeben haben hiernach insbesondere Inhaber von Gasthäusern, Schankwirtschaften, andere Gewerbetreibende, die sich mit dem Ausschank oder dem Vertrieb von Trinkbranntwein befassen, ferner Konsumvereine, Kaffeehäuser, Kantinen, Logen und ähnliche Vereinigungen.

Von den angemeldeten Trinkbranntweinbeständen ist das Freigeld zu entrichten durch Anbringen von Freigeldscheinen über der Öffnungsstelle des Behältnisses (1/4 Flasche 1 M., 1/2 Flasche 0.50 M., 3/4 Flasche 0.25 M.). Freigeld braucht dagegen von dem Trinkbranntwein nicht entrichtet zu werden, der noch bis zum 31. Dezember 1919 an Verbraucher abgegeben wird. Er ist aber trotzdem anmeldepflichtig. Wer von dieser Vergünstigung Gebrauch machen will, muß bis zum Ende dieses Jahres über jeden Zu- und Abgang Aufzeichnungen führen.

Die Bestände können auch, ohne daß Freigeld sofort erhoben wird, in einen sogenannten Freigeldbetrieb überführt werden.

Formulare zu den Anmeldungen werden von den Bezirkssteuerstellen (Hauptsteuerämter, Finanzämter) ausgegeben. Hier werden auch alle weiteren Auskünfte erteilt.

Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

** Anlässlich der in nächster Zeit in größerem Umfange beginnenden Heimbeförderung der von allen Kreisen längst zurückerwarteten Kriegsgefangenen ist dem Eisenbahnpersonal bekannt gegeben worden, daß das deutsche Volk von den Eisenbahnern die Aufbietung aller Kräfte erwarte, damit die Heimbeförderung auch unter den jetzigen, anerkannt schwierigen Verhältnissen keine weitere Verzögerung mehr erleide.

Beamtenbewertung.

Der Verfasser des Artikels mit vorstehender Überschrift (Nr. 142 der „Karlsruh. Ztg.“) war durch allerlei Verbindert, die bezüglich der Beamtenbewertung in Nr. 156 zu beantworten. Die vorausgesetzte Neuregelung der Beamtengehälter gibt ihm nun hierzu erneut Anlaß. Die allgemein gehaltenen Ausführungen in Nr. 156 dieser Zeitung, daß der große, weitverzweigte Staatsbetrieb und die entsprechenden privaten Großbetriebe an einer gewissen Unübersichtlichkeit leiden und daß demgemäß die richtige Einzelbeurteilung der Beamten und Angestellten auf gewisse in der Natur der Sache liegende Schwierigkeiten stößt, sind so einleuchtend, daß wohl von vielen die Tatsache übersehen wird, daß jene Schwierigkeiten sich bei festem, gutem Willen zum größten Teil überwinden lassen. Die Notwendigkeit der Dienstaufsicht, der Dienstprüfungen und der Dienstzeugnisse wird ja ernstlich von niemand geleugnet werden. Ohne Dienstaufsicht und Dienstprüfungen sowie ohne Festhalten der Wahrnehmungen und Ergebnisse hierbei wäre auf die Dauer weder die Ordnung im Dienstbetriebe noch eine gerechte Beurteilung und Berücksichtigung der einzelnen Beamten im Fortgang ihrer Laufbahn mit allen ihren allgemeinen-menschlichen und einzelpersönlichen Begebenheiten, Hoffnungen, Wünschen und Zielen möglich. Sonnenklar ist aber auch, daß die Dienstaufsicht und die Dienstprüfungen nicht gegenüber jedem Beamten von den Spitzenbeamten der Zentralbehörden ausübt werden können oder brauchen. Die von oben nach unten stufenweise geordnete Ausübung dieser Tätigkeit kann — bei geeigneten Vorkehrungen — allen Beteiligten sehr wohl in dem Maße gerecht werden, als dies in Berücksichtigung der Einzelstellung einerseits und der allen menschlichen Einrichtungen anhaftenden Schwächen und Mängel andererseits billigerweise verlangt werden kann. Zu fordern ist zunächst, daß Aufsichtsbekämter und Dienstvorstand grundsätzlich nur sein soll, wer seine eigene Tüchtigkeit und Lauterkeit bewahrt hat und die Gewähr für eine streng sachliche, ruhige und gerechte Beurteilung seiner Mitarbeiter bietet. Wo im einzelnen Fall diese Forderung sich nicht streng durchführen läßt — es gibt z. B. Behörden, bei denen keine Auswahl des Dienstvorstandes möglich ist —, müßte eben durch Mit- und Einwirkung der nächsthöheren Dienststelle ein Korrektiv in der gewissenhaften Nachprüfung und Bewertung der Bemerkungen und Dienstzeugnisse eines Aufsichtsbekämter oder Dienstvorstandes unter besonderer Beurteilung seiner ethischen Persönlichkeit vor allem in dem (seltenen) Falle geschaffen werden, daß er selbst nicht alle wünschenswerten Eigenschaften eines Aufsichtsbekämter oder Dienstvorstandes gleichmäßig besitzt. Die zweite Forderung ist die künftig alljährliche Offenlegung der Dienstakten — ohne Rücksicht auf ihren guten oder weniger guten Inhalt — an die unterstellten Beamten. Es war bisher ein Mißstand schlimmster Art, daß sogenannte „in heimlicher Behime“ über so manches Menschenschicksal entschieden wurde und daß manchen Beamten wie der Blitz von heiterem Himmel eine Entschickung höherer Orts erteilt, ohne daß ihm zuvor Anlaß und Gründe bekannt oder Gelegenheit gegeben war, sich zu rechtfertigen oder sich in dem und jenem Punkte zu betonen. Ein wohlmeinender, menschlich teilnehmender Aufsichtsbekämter oder Dienstvorstand wird übrigens eine tadelnde Bemerkung oder ein ungunstiges Zeugnis in den Dienstakten der unterstellten Beamten nicht ohne vorherige Ermahnungen und Warnungen für alle Zukunft festlegen. Die Dienstaufsicht und Beamtenbeurteilung so aufgefacht und in allen Beamtenstufen durchgeführt, gibt die Berechtigung zu einer streng-gerechten Einzelbewertung in dem Sinne, daß lästige, bequeme und unthätige Leute aus der Beamtenlaufbahn ferngehalten oder wieder ausgeschaltet werden, wodurch das neuerdings als Schlagwort zu oft gebrauchte und darum mißbrauchte „freie Bahn dem Tüchtigen“ seinen ursprünglichen Wert wieder erhalte. Als mittelbare Folge ergäbe sich daraus die in Nr. 142 im Interesse der Staatskasse und des Staatsganzen gewünschte Verringerung der Beamtenzahl und der Mittelmäßigkeit an der „Staatskrippe“. Eine Beurteilung der Dienstleistungen auf gedachte Art mit ihrem für den tüchtigen Beamten im Punkte des Fortwärtkommens günstigen Folgen muß schon deshalb möglich und durchführbar sein, weil man neuerdings ja die „freie Bahn“ sogar dem nicht sachlich vor- und fortgebildeten Anwärter eröffnen will. Als ob wir in Deutschland so viele „naturwüchsig“ helle Köpfe hätten! Wir sehen uns ja seit geraumer Zeit bergab nach diesen „Selmademan“ um! Dieser Mißerfolg bewirkt die Rückkehr zu der Erkenntnis, daß ohne gründliche Fachbildung oder ohne sachliche erprobte Stützen und Berater weder ein privater noch ein Staatsbetrieb gedeihlich ist. Aus dem „Handgelenk“ mit dem sprichwörtlichen „gesunden Menschenverstand“ läßt sich eben auf die Dauer beim doch nicht mit Erfolg praktizieren! Wenn in Nr. 142 verlangt wurde, daß künftig die Beamten mehr als bisher nach ihren praktischen Dienstleistungen als nach sonstigen Gesichtspunkten bewertet werden sollen, so ist dies etwas anderes als das Abhängigmachen des Fortwärtkommens im wesentlichen oder gar ausschließlich von den Dienstzeugnissen. Aber niemand wird ernstlich bestreiten wollen, daß die Arbeitsfreudigkeit der tüchtigen und fleißigen Beamten beeinträchtigt werden kann und sehr oft auch wird, wenn sie sehen, daß man bei weniger Fleiß und geringeren Leistungen ebensoweit kommen kann. Wenigstens ist es für sie kein Ansporn zur Kräfteentwicklung, wenn sie da und dort hören, „für den Staat plage ich mich nicht ab, der Gehalt läuft doch weiter.“ Die fleißigen, tüchtigen Beamten beanspruchen durchaus keine außergewöhnliche Bevorzugung ihrerseits; aber sie können und dürfen verlangen, daß andererseits die lästigen und unthätigen nicht mit ihnen in allem gleichen Schritt halten! Und was die guten, auch für weitere Kreise erkennbaren Leistungen angeht, so liegt es in der Eigenart der einzelnen Staatsverwaltungen und Dienstzweige, daß sie mehr oder weniger sinnfällig sind. Eine gute Finanz-, Rechts-, Fort- oder Schulpflege ist übrigens für die Allgemeinheit ebenso wichtig wie gute technische Leistungen. — Die in Aussicht stehenden neuen beamtenrechtlichen

Gesetzesvorlagen dürfen nicht nur höhere Gehaltsbezüge vor-
sehen, sondern müssen auch hierzu im Einzelfall empfangsbe-
rechtigte Hände schaffen. Dies kann geschehen ohne Verletzung
des Grundsatzes, daß Beamte mit der entsprechend gleich-
wertigen Vorbildung bei wenigstens annähernd gleich-
guten Leistungen in allem einander gleichgestellt und
in dieselbe Gehaltsklasse mit allen Anwartschaften dieser ein-
gereicht werden, und daß dem Dienstalter seine — grundsätzliche
— Bedeutung bleibt, getreu dem Sprichwort: keine Regel ohne
Ausnahme. Zu erwägen wäre nur noch, ob nicht etwa den
Beamten, die durch die Angunst der unverschuldeten Anstel-
lungsverhältnisse s. B. verspätet zur etatmäßigen Anstellung
kamen, jetzt ein — wenigstens kleiner — Ausgleich gegenüber
den Kollegen zu gewähren ist, die noch kurz zuvor unter an-
deren Verhältnissen besser abschnitten und deshalb jetzt in be-
deutend höheren Gehaltsbezügen sind als ihre vielleicht tüch-
tigeren Anstellungsnachfolger.
Markus.

Deutsche Nationalverlam- lung.

In der gestrigen Sitzung erfolgte die Fortsetzung der zweiten
Beratung des Haushaltsplanes und der politischen Besprechung,
die vorgestern wegen des Anschlags auf Haase abgebrochen
war.

Abg. Cohn (U. S.) geht u. a. auf die Handhabung
der Zensur und der Versammlungsverbote durch den Reichs-
wehrminister Roske ein, die vor trassen Verfassungsgründen
nicht zurückzuführen sind. Bei den Einigungsverhandlungen zwischen
den beiden sozialdemokratischen Parteien haben die Mehrheits-
sozialisten die Mehrzahl der Ministerposten beansprucht und den
Unabhängigen die Verantwortung aufbürden wollen. (Rufe und
Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie (nach den
Mehrheitssozialisten) nicht mehr Koalitionspolitik, sondern wirk-
liche demokratische sozialistische Politik treiben, dann wäre über
eine Wiedervereinigung zu reden. Der Arbeiterschaft wäre viel
wöhrer, wenn Sie nicht in der Regierung säßen, sondern mit
uns Opposition machten. Erst dann hätten wir das Vertrauen
des Auslandes. Einer der Hauptschuldigen im Baltikum ist
Winnig.

Reichswehrminister Roske: Herr Herrg hat mir die hündige
Erklärung abgegeben, daß der Parteivorstand der Deutsch-Na-
tionalen dem Inhalt des gestern erwähnten Pamphletes fern-
steht. Ich nehme davon Kenntnis. Gegen Gewalttätigkeiten hat
die Regierung sich zur Wehr zu setzen. Darum haben gewisse
Schritte getan werden müssen. Gegen neue Bürgerkriege muß
die Regierung Sicherungsmaßnahmen treffen. Es ist zugegeben,
daß in Berlin bei Versammlungsverböten Mißgriffe vorge-
kommen sind, aber unangemessene Versammlungen können und
werden nicht geduldet werden. Die Unabhängigen machen das
Ausland scharf gegen uns durch teilweise erlogene Nachrichten.
(Rufe links.) Wir brauchen Soldaten an der Ostgrenze und
im Innern. Polen vergrößert seine Armee dauernd. Wir
werden die Truppen abbauen, sobald dies angängig ist. Deutsch-
land hat die Ratifizierung nicht verweigert. Deutschland wird
den Friedensvertrag loyal halten. Die Partei des Herrn Cohn
sollte sich das Denunzieren allmählich schenken. (Zustimmung.
Rufe bei den U. S.) Die nationale Würdelosigkeit und Stie-
felledelei der Partei des Herrn Cohn übersteigt doch alle Maße.
(Rufe bei den U. S.) Die „Freiheit“ schreibt laut, Lüttich will
nicht abrücken. General von Lüttich hat darauf hingewiesen,
daß nur eine allmähliche Abrüstung, d. h. eine langsame Ab-
rüstung der Soldaten geboten ist durch die Arbeitslosigkeit usw.
In Frankreich greift die chauvinistische Presse alles scheinung
auf, was die „Freiheit“ schreibt. Werbungen für die Reichs-
wehr haben seit 1/2 Monaten ganz aufgehört, aber bei den kur-
gen Kontrakten mit den Leuten sind hier und da Neueinstellun-
gen nötig. Verhandlungen mit der Entente über alle militäri-
schen Fragen werden eingeleitet werden, soweit dies nötig ist,
um alles Mißtrauen zu beseitigen. (Beifall.) Die Werbungen
für Kurland konnten leider nicht so rasch abgestellt werden. In
Deutschland befinden sich noch russische Bolschewisten. Einige
von ihnen benahmen sich in München so, daß wir sie nicht frei
herumlaufen lassen können. (Beifall.) Gegenüber den unbot-
mäßigen Soldaten in Kurland die Sperrung der Lebensmittel
anzuwenden, geht nicht an, sonst würden die Leute in Lettland
plündern, und wir müssen das Land unversehrt verlassen.
(Beifall.)

Reichsminister Müller: Es ist uns durch Vermittlung des
amerikanischen Staatssekretärs in Paris ein Schreiben zuge-
gangen, wonach die Zulassung der deutschen Gewerkschaften in
Washington von der dortigen Konferenz abhängt. Die Regie-
rung und die Vertreter der Arbeitgeber werden ebenso wie die
Gewerkschaften sehr gerne an der Konferenz teilnehmen, voraus-
gesetzt, daß wir vollberechtigte Mitglieder derselben sein werden.
Diesbezügliche Verhandlungen sind im Gange. Zurzeit könn-
en wir gar keine Verträge mit der russischen Regierung schlie-
ßen. Das ist uns vor der Ratifizierung verboten. Ich hoffe,
daß wir später einmal mit Rußland in wirtschaftliche Ver-
bindungen kommen. Nach Polen ist von uns kein Heeresgut
verkauft worden, wohl aber nach der Tschecho-Slowakei mit Be-
willigung der Entente. Die lettische Regierung steht auf dem
Standpunkt, daß der Vertrag bezüglich des Einbürgerungsrecht-

tes der deutschen Truppen deshalb hinfällig ist, weil ein Teil
der deutschen Truppen an den Staatsstreichen beteiligt war.
Ich hoffe, daß unsere Leute nunmehr zurückkehren und sich
nicht schuldig machen an dem Morde der Frauen und Kinder,
den die Blodade im Gefolge haben würde. General von der
Goltz hat erklärt, daß er an keiner Gegenrevolution teilnehmen
werde. Er soll aber doch abgelöst werden wegen des Miß-
trauens, das nun einmal gegen ihn besteht, weil er nicht der
rechte Mann zum Verhandeln zu sein scheint. Die Affäre der
westrussischen Regierung ist hier amtlich nicht bekannt. Jeden-
falls erkennen wir keine nord- oder süddeutsche Regierung an.
Die russischen Verbündeten suchen wir zu verhindern. Ich hoffe,
daß die Truppen im Baltikum die ruhige Überlegung gewin-
nen. Wir müssen heraus aus dem Baltikum.
Es erfolgt Vertagung. Nächste Sitzung: morgen 1 Uhr:
Anfragen, Staatsberatung, Fortsetzung. Schluß nach 6 Uhr.

In der gestrigen Sitzung des Betriebsräteausschusses der
Nationalversammlung wurde ein Antrag der Mehrheitspar-
teien, die Artikel 7 und 8 des Betriebsrätegesetzentwurfes zu
streichen, einstimmig angenommen. Dadurch sind die Ab-
teilungsbetriebsräte gefallen. Als Begründung für die Ab-
scheidung gilt die Tatsache, daß durch diese Abteilungsbetriebs-
räte ein unabsehbarer und schwerfälliger Apparat entstehen
würde.

Politische Neuigkeiten.

Die Kriegsgefangenen in Frankreich.

* Das Genfer Rote Kreuz teilt lt. „D. Fr.“ mit, daß die
deutschen Kriegsgefangenentransporte aus Frankreich nach
Mittellung der französischen Regierung zwischen dem 27. Ok-
tober und dem 2. November beginnen sollen. Es seien 433 000
deutsche Gefangene aus Frankreich heimzubefördern.

Die Räumung des Baltikums.

Oberst Analoß Bernhardt hat dem Vertreter der Entente in
Wien eine Note übergeben, in der es u. a. heißt: „Ich habe
als Chef der russischen Armee der westlichen Provinzen mit
dem Führer der deutschen Truppen ein Abkommen geschlossen,
nach welchem ich ihm den allmählichen Rückzug seiner Truppen
und die Sicherheit ihres Transportes nach Deutschland garan-
tiert habe. Ich habe ferner einen Zentralausschuß ernannt
und ihn beauftragt, die Grundlagen von liberalen Verwal-
tungsmaßnahmen auf demokratischer Grundlage nach den
Wünschen der Regierung vorzubereiten. Zu meinem großen
Bedauern hatte die gegenwärtige lettische Regierung begonnen,
gegen die Grenze meiner militärischen Basis bedeutende let-
tische und sogar estnische Truppen zu werfen, die die neutrale
Zone verletzten. Ich habe den Befehl gegeben, sich nicht mit den
lettischen und estnischen Truppen einzulassen. Diese haben
aber meine Stellungen angegriffen. Durch ihre Haltung bin
ich gezwungen worden, eine neue Linie zu beziehen, die mir
die Möglichkeit gibt, die Feinde meines Landes wirksam zu be-
kämpfen.“

Das „Pariser Journal“ meldet: Der Rat der Alliierten hat
den deutschen Vorschlag nach Entsendung einer gemischten
Kommission nach dem Baltikum zugestimmt. Die übrigen deut-
schen Einwendungen wurden für nicht stichhaltig angesehen.

Das Saargebiet im Belagerungszustand.

* Aus Saarbrücken wird gemeldet: Starke französische Mi-
litärpatrouillen durchziehen die Straßen der Stadt. Das Ge-
bäude, in dem sich General Andlauer befindet, ist von einer
doppelten Postenkette umgeben und abgeperrt. Bis jetzt sind
20 Verhaftungen wegen Vergehens gegen die französischen
Bestimmungen vorgenommen worden. General Andlauer ver-
handelte gestern mit den Arbeiterführern und Gewerkschafts-
leitern. Der Belagerungszustand wurde auf das ganze Saar-
gebiet und das lothringische Industriegebiet ausgedehnt.

Die neue deutsch-österreichische Wehr- macht.

* Wie der „Morgen“ meldet, ist der endgültige Entwurf
für die neue deutsch-österreich. Wehrmacht fertiggestellt. Diese
soll bestehen aus sechs gemischten Brigaden zu je zwei In-
fanterieregimentern. Weiter werden sechs Brigaden-Artillerie-
Abteilungen und sechs technische Formationen aufgestellt. Der
von der Entente gestattete Höchstmaß der Brigade beträgt 4508
Mann. Die Regimentern werden aus drei Bataillonen bestehen.
Jedes Bataillon wird eine Maschinengewehrkompanie erhal-
ten.

Vom Befinden Willsons.

* Der „Notterdamer „Nieuwe Courant““ meldet aus Washing-
ton, daß der Nervenarzt Dr. Percum aus Anlaß der Gerüchte,

daß Wilson geisteskrank geworden sei, erklärt hat, daß Wilson
frisch und munter ist. Sein physisches Befinden mache Fort-
schritte. Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in
Washington meldet vom 7. Oktober, daß jedenfalls in acht bis
zehn Tagen Vizepräsident Marshall interimistisch zum Präsi-
denten der Vereinigten Staaten ernannt werden wird.

Kleine Nachrichten.

* „Culture française“. Aus dem Saartrevier berichtet eine
sozialdemokratische Korrespondenz, daß sich die politischen Zu-
stände dort immer stabiler gestalten. Anspanden, Faust-
schläge, Auspeitschen, Fußtritte, gehören zu der allgemeinen
Behandlung, welche die Bevölkerung wegen den geringfügig-
sten Übertretungen der Besatzungsbestimmungen zu erdulden
habe.

* Das Lynchgericht. Nach einer Meldung der Agencia Radio
haben die Vereinigten Staaten es abgelehnt, sich an der Aktion
zur Auslieferung der „schuldigen“ deutschen Offiziere zu be-
teiligen. Außerdem ist zu beachten, daß an den von England,
Frankreich und Belgien eingeleiteten Auslieferungsbegehren
auch Italien und Japan nicht beteiligt sind.

* Die Ratifikation in Japan. „Daily Mail“ meldet aus
Tokio: Der Friedensauschuß des japanischen Parlaments hat
einstimmig den Friedensvertrag ratifiziert.

Badische Ueberlicht.

Badischer Landtag.

oc. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion folgte in ihrer
letzten Sitzung den Beschlüssen, dem Landtag einen Antrag
auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungs-
kommission für die staatlichen Eisenbahnwerkstätten zu unter-
breiten.

Vertretung des bad. Personals bei den Reichseisenbahnen.

oc. Vom Verband des Deutschen Verkehrspersonals wird
uns geschrieben:

Unter dem süddeutschen Eisenbahnpersonal hat sich in letzter
Zeit eine gewisse Beunruhigung bemerkbar gemacht, weil dem
Vernehmen nach das zu bildende Reichsverkehrsministerium
einstufig nur von Preußen, ohne Rücksicht auf die anderen
Gliedstaaten zusammengesetzt werden, bezw. bereits zusammen-
gesetzt sein soll. Damit kann sich das südd. Personal keines-
wegs abfinden; es muß vielmehr verlangen, daß Baden ent-
sprechend der Zahl seiner Eisenbahnbeamten eine Vertretung
im Reichsverkehrsministerium erhält. Der Verband des deut-
schen Verkehrspersonals hat sich bereits durch eine Eingabe
an das Staats- und Finanzministerium, sowie an die verschie-
denen Landtagsfraktionen in dieser Angelegenheit gemeldet,
und zwar unter Hinweis auf eine Reihe von Fragen, die ein-
heitlich geregelt werden müssen, ohne eine Schädigung des süd-
deutschen Personals herbeizuführen. Alle maßgebenden In-
stanzen mögen nachdrücklich dahin wirken, daß das zu bil-
dende Reichsverkehrsministerium paritätisch zusammengesetzt
wird und die Interessen des gesamten Personals gewahrt wer-
den.

Einstellung des Sonntagsverkehrs?

BC. Die Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen
hat die Absicht, den Personen- und Schnellzugsverkehr auf den
badischen Bahnen an Sonntagen mit Wirkung vom 19. Oktober
ab vollständig einzustellen. Eine endgültige Entscheidung in
dieser Angelegenheit ist bis jetzt jedoch bei der zuständigen Stelle
noch nicht getroffen worden.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Besserung in der Arbeitsmarktlage hat auch in dieser
Berichtswoche angehalten. Es ist vielfach ein Aufleben des
wirtschaftlichen Lebens zu beobachten, besonders ein Aufleben des
Biete der Metallindustrie. Auch die Bijouterieindustrie hat
einen derartigen Aufschwung genommen, daß es bis jetzt noch
nicht möglich war, die dafür nötigen Arbeiter zu bekommen.
Dazu kommt, daß es durch die allgemeine Wohnungsnot
nicht möglich ist, hier einermöglichen einen Ausgleich zu schaffen.
Ungünstig beeinflusst wird der Arbeitsmarkt nach wie vor
durch den Kohlenmangel. Nach den eingegangenen Meldun-
gen der badischen Eisenämter sind in der Berichtswoche noch
10 944 Erwerbslose vorhanden, was gegenüber der Vorwoche
einen Rückgang von 374 Erwerbslosen bedeutet. Die Zahl
der weiblichen Arbeitslosen ist auch wieder gesunken auf 4174.
Erwerbslosenunterstützungen wurden in Baden ausbezahlt:

Landestheater.

Die erste diesjährige Aufführung des Hiesigen Holländers
erhielt ihre besondere Note durch das Gastspiel der Berliner
Sängerin Frau Barbara Kemp, deren Sentia eine Leistung
von ungewöhnlicher musikalischer und darstellerischer Rollen-
bildung bildete. Die Künstlerin besitzt ein glänzendes Stim-
material von vorbildlichem Wohlklang, ausgiebiger Fülle und
reicher Ausdrucksfähigkeit. Tonansatz und -bildung sind in
allen Registern und Stimmgraden, im zartesten Piano und im
leidenschaftlichen Affekt, von vollendeter Schönheit. Zu der
sicheren Beherrschung des stimmtechnischen Apparats kommt
eine eminente Fähigkeit der Besetzung und charakteristischen Fä-
rbung des Tons, das Ganze zeigt eine Gesangs- und eine wie sie
wenigen Bühnensängerinnen zu eigen ist. Was die Kultur beim
Gesang, das ist der Stil bei der Darstellung. Auch über
diesen verfügt Frau Kemp in ausgeprochenem Maße. Ihr
Spiel war aufs sorgfältigste durchdacht, der visionär-ekstatische
Grundzug im Gefühlsleben Sentas, der die unerläßliche Vor-
aussetzung für die künstlerische Glaubwürdigkeit der Gestalt
bildet, in Miene, Blick und Geste in überzeugender Weise be-
tonnt. Jede Phase ihres Spiels, in den lyrischen Momenten
sowohl wie in den dramatischen Höhepunkten, atmete Wahrheit,
Wärme und Leben. Alles in allem eine Sentia, wie sie hier
seit Jahren nicht gesehen wurde! Im übrigen gab es die
alte Besetzung. Max Büttner sang und spielte den Holländer
mit starker Erinnerungsfähigkeit, Gottfried Hagdorn gab
den Daland stimmlich annehmbar, wenn auch nicht völlig aus-
geglich, darstellerisch mit wirksamer Betonung der wenigen
sympathischen Züge im Wesen Dalands. Josef Schöffel,
der gut bei Stimme war, nahm der Figur des Erik viel von
ihrer weiblichen Sentimentalität; sehr frisch sang Eugen
Kleinbach sein Steuernamnslied. Der Spinnwebenscher
wurde gut gesungen, die Matrosenszene ließen gelegentlich an
Kraft zu wünschen übrig. Das Orchester spielte unter Alfred
Borenk tonig, mit Wärme und rhythmischer Straffheit.
E. R.

Seeschlacht.

Bruno Schönfelds III. Regitationabend.

Wir fahren in die Schlacht, in die Seeschlacht am Stagerak.
Wer erinnert sich nicht mehr an den Tag, als die Nachricht vom
Seesieg am Stagerak wie ein Adler durch Deutschland flog?
England, die erste Seemacht der Welt, von unsern prächtigen
Majajaden mit blutigen Köpfen nach Hause geschickt! Wie
war die Brust der Heimatlieger geschwellt! Das Fröh-
lich schmedte nochmal so gut. Wir müssen sie, wir werden sie
in Grund und Boden geschmettern, die Hunde! An den
Stammstüben der Alldeutschen, der Amerigonisten blühte der
Weizen. Im Kopf wirbelten Zahlen: versenkte Schiffe, ver-
senkte Tonnen, versenkte Menschen, im Gefühl ein Wogen un-
flarer Hoffnungen, von einer maßlosen, jeder menschlichen Re-
gung baren Phantasie ins Gigantische gesteigert. Der ent-
fesselte Fanatismus des Vernichtens aus Haß, aus Größen-
wahn, aus — gemeingefährlicher Dummheit.

Und die Menschen, die armen Menschen, die wirklich in der
Schlacht standen? Von ihnen sprach man wohl auch, ganz all-
gemein als den „prächtigen Jungens“. Aber nur so oben hin.
Von dem, was sie wirklich unendliche, verdammene Be-
stellung. Man berauschte sich an Erfolg — von den Opfern
schwieg man lieber. Man berauschte sich an den alten, verlogenen
Phrasen vom herrlichen Gefühl der Schlacht, vom helden-
haften, vom Einigen der Persönlichkeit. Mit großen bom-
bastischen Worten überdachte man den Menschen in sich. Wes-
dem, der es damals gemagt hätte, eine andre Meinung laut
werden zu lassen! Wie folgten sie hart sein, die zu Hause wohl
geboren waren, gegen die, so am Feind standen. Sie fanden
Worte so erbarmungslos wie kaltes Eisen für die schwere
Pflicht, die ihnen aufgebogen, freudig ihr Leben zu opfern für
die Heimat. Das natürlichste Gefühl des Mitleids mit den
unfähigen Qualen der Unglücklichen wurde mit einer gran-
diofen Geste zum Schweigen gebracht.

Aber ganz wurde dieses schöne warme Mitgefühl doch nicht
zum Schweigen gebracht. Wie ein heller, starker Funke glommt
es weiter in den Reiten unsres Volkes trotz Zensur und Er-
drösselung der freien Meinungsäußerung und belam Laut und
Gestalt in den Dramen unser jüngsten Dichter, die sich Ex-
pressionisten nennen. Ausdrucks-künstler! Kin-
der des innersten, wahren Gefühls. Ihnen danken wir es,
daß wir heute eine Literatur haben, die das Lebensgefühl
jener Zeit ausdrückt. Und heute endlich kommen sie zu
Worte, nachdem sie, weil sie sich echtes menschliches Empfinden
und Fühlen bewahrt hatten, jahrelang zum Schweigen ver-
dammt waren.

Hier in Karlsruhe, wo man auch in Kunstfragen ein ge-
ruhiges Tempo liebt, und wo man dem ungestümen Drängen der
modernen Ausdruckskunst in Wort und Bild nur schau und be-
derwillig folgt, ist dem expressionistischen Drama unser be-
gabter Dramaturg und Schauspieler am Landestheater,
Bruno Schönfeld, ein begeistertes Wort ge-
worden. Nach seiner Aufführung erregenden „Danton“
Regitation hat er am Donnerstagabend im Rathhausla durch
Reinhard Goering's Tragödie „Seeschlacht“ ein
zahlreiches Publikum zwei Stunden lang in Wonn geschlagen.
Wir fahren in die Schlacht, in die Seeschlacht am Stagerak.
Mit sieben Matrosen, im engen Raum des Panzerturns, wo
sich ihr Geschick erfüllen soll. Es ist die Schlacht, wie sie ist,
nicht wie sie in Köpfen von Maulbeeren spudt. Die Schlacht
mit ihrem bangen Vorahnen, ihrem Grauen, ihrem Schreden,
ihren fürchterlichen, Sinn und Verstand verwirrenden Folgen,
den Wahnsinn. Und doch, es ist kein naturalistisches Dra-
ma, sondern, wenn schon immer mit Schlagworten, mit Schu-
len und Nichtigungen gearbeitet werden muß, es gehört dem
Expressionismus an. Denn das rein Stoffliche, das
äußere Drum und Dran, ist nebensächlich. Dem Dichter kam
es darauf an, das Geistige, das in dem Stoff verborgen ist,
herauszuholen. Und die mächtige, seelische Wirkung der
Schlacht hilft es ihm herauszuholen.

Mit einem Male stehen diese Menschen wie nahe vor uns.

in der Berichtswache 332 215 M., in der Vormache 371 000 M. und im ganzen seit November 1918: 24 824 159 M. für Arbeitszeitverlängerung wurden in dieser Woche 270 027 M. verausgabt. Durch die zunehmende Tätigkeit in der Metallindustrie können Elektromonteur und Kupferschmiede noch in ziemlicher Zahl untergebracht werden, ebenso benötigt die Bijouterieindustrie Gold- und Silberarbeiter und Arbeiterinnen. Im übrigen ist die Lage in der Holzindustrie, im Baugewerbe und in bezug auf weibliche Arbeitskräfte für Haus und Küche nach wie vor der Mangel an dem nötigen Arbeitspersonal kann bei weitem nicht gedeckt werden. Durch die weitere Zufuhr von Rohstoffen konnten wieder einige Zigarrenfabriken ihren Betrieb in vollem Umfang eröffnen, und es konnten gegen 150 männliche und weibliche Kräfte beschäftigt werden. Außer der in Auflösung begriffenen Schuhfabrik Wuchsal, wodurch noch weitere 60 Arbeiter und Arbeiterinnen erwerbslos wurden, waren keine Schließungen nötig. Notstandsarbeiten wurden in der Berichtswache von 5886 Erwerbslosen ausgeführt. Es wird aber dringend nötig sein, besonders in und bei den größeren Städten von staatswegen neue Arbeitsgelegenheiten für Notstandsarbeiter zu beschaffen, um dadurch der Not des kommenden Winters mit Möglichkeit entgegenzutreten zu können.

Widerletzlichkeiten in Neustadt.

oc. Zu schweren Wideretzlichkeiten kam es in Neustadt (am Oberrhein) als ein Kontrolleur mit mehreren Genossen und Hilfsbeamten in der Mühle des Wilsch Busch etwa 30 Zentner Mehl beschlagnahmten wollte. Auf Anstiften des Müllers rotteten sich über 40 Einwohner des Ortes zusammen und nahmen gegenüber den Beamten eine derart drohende Haltung ein, daß diese genötigt waren, um gefährliche Ausschreitungen zu verhüten, von der Mehlschlagnahme abzusehen. Am anderen Tag wurde lt. „Ringgäube“ der Müller und sein Sohn verhaftet.

Kurze Nachrichten aus Baden.

BC. Pforzheim, 8. Okt. Wie das Gaswerk mittelst, sind seine Kohlenvorräte wieder einmal total erschöpft, so daß es gezwungen ist, von heute ab bis auf weiteres erneut die Gaswerke für die Industrie zu verhängen. Die Aufhebung der Sperre hängt vom Eintreffen neuer Kohlenlieferungen ab.

BC. St. Georgen, 9. Okt. Gestern fand im Saale des Gasthauses zur Stube, eine öffentliche Versammlung statt, in der gegen die schlechte Lebensmittellieferung, insbesondere gegen die ganz schlechte Mehllieferung, schärfster einstimmiger Protest erhoben und dringende sofortige Abhilfe gefordert wurde. Nach Ende der Versammlung wurde ein Demonstrationzug veranstaltet.

Badische Zeitungstimmen.

Gegen das Schiebertum!

Unerbittlicher Kampf gegen das Schiebertum ist die Losung, die zur Zeit aus zahlreichen Artikeln badischer Blätter herausklingt. So schreibt z. B. die Freiburger „Volkswacht“ u. a.:

„Schon hört man sagen: „Besser ein Winter für alle, als Frühling und Sonne nur für Schieber, Wucherer und Millionäre! Besser ein Nadelstich, unter dessen Guillotine die Köpfe der Lebensmittellieferer, der Ausbeuter des Volkes fallen, als eine allgütige, humane Regierung, die Preisstreibern keine Furcht einflößen kann, besser eine Diktatur des Schreckens, vor der die Weichen sich gitternd in Wankelgänger betrieblen, als ein Parlamentarismus, bei dem sie sich immer noch um das Vermögensopfer herumdrücken können!“ Befehlt Euch! Der Born ist ein schlechter Baumstumpf! Keine von der Aufsicht, der Kontrolle des Volkes befreite Diktatur! Jeder Diktator, möge er sich von Gottes Gnaden oder von des Proletariats Gnaden nennen, endet in Größensucht und Verfolgungswahn, verliert die Fühlung mit den Massen, denen er dienen soll, wird der Sklave seiner Ideen und Korrupteile und der Tyrann seiner Mitbürger. Keine Revolte, keine Waffengewalt gegen eine von der Mehrheit des Volkes gewählte Regierung! Und keine zweite Revolution! Aber auch keine schwache Regierung und keine politische Gleichgültigkeit des Volkes! Wir wollen, daß eine starke, vom Vertrauen der Masse, gestützte Regierung mit eiserner Entschlossenheit das Schwerk des Rechts wiederherstellt. Wir brauchen Verlagerungsanstalt u. S. d. m., aber gegen Schieber und Nahrungsmittelwucherer! Wir brauchen eiserne Gesetze mit Zuchthaus- und Todesstrafe, wir brauchen schnellurteilende Gerichte, die sie unbarmherzig anwenden gegen jeden, der durch Wuchern und Schieber die Lebenshaltung des

Volkes erschwert und verteuert. Wir hören von Getreideschiebungen ins Ausland, von der Verigerung der Grundbesitzer, Getreide zu liefern. Wir wollen von schweren Strafen hören, die solche Verbrecher treffen. Wir lesen von Versuchen, deutsche Vermögen ins Ausland zu schmuggeln. Wir wollen lesen, daß solche Schmuggler die Strafe des Kriegsgerichts getroffen hat. Welche Fläche hatte das Volk für die Blodade der Feinde! Sollen wir uns von gierigen oder geizigen Landbesitzern schlimmer blodieren lassen als von den Segnern im Weltkrieg?

Wird das Rechtsgefühl des Volkes nicht befriedigt, ehe die Weibschlachten läuten, so könnten Hunger und Wut zu Revolten führen, bei denen Unschuldige den Vorkriegsstand erleben, bei denen brutale, sich vordrängende, schnellkräckernde Unruhestifter das an sich reihen, was der Gesamtheit des Volkes gebührt. Daß eine hungernde Masse keine vollen Keller Einzelner duldet, keine Hamsterstapel, deren Ankauf die Preise getrieben hat, das ist selbstverständlich. Aber wenn die Verteilung nicht in Ordnung geschieht, nicht durch Leute mit reinen Händen, dann ist das Volk doch wieder betrogen. Wenn eine bewaffnete Horde von jungen Stämmern ein die Lieferungen weigerns Dorf ausplündert, haben die Familienväter in der Stadt doch nichts davon. Ein Getreide- und Mehlhändler mag das Schicksal erleiden, das nach der Sage den hamsternenden Bischof auf dem Rauschturn im Rhein traf, aber das aufgestapelte Getreide würde bei Unruhen doch nur verschleudert und verdorben wie viele Heeresvorräte im letzten Winter bei dem Rückzug des Heeres. Deshalb eiserne Faust, aber straffe Ordnung! Strenge Gerechtigkeit, gegen die Schieber, aber für das ganze Volk!

Dem „Neuen Mannheimer Volksblatt“ geht aus seinem Briefwechsel folgende Zuschrift zu:

„Bezüglich der Ernährungsfrage gestatte ich mir, Sie hiermit auf folgendes aufmerksam zu machen: Die umliegenden Gemeinden, wie Sodenheim, Adenbürg usw., haben ihren Landwirten verboten, Kartoffeln auszuführen; die Folge davon ist, daß diese sich weigern, die Kartoffelbezugscheine auszufüllen. Man spricht daher in den Volkstreffen schon mit Recht davon, daß der Grund dieses Verbotes die Selbsterhaltung wäre, das hungernde Großstadtpublikum auszuportieren. Beweist hierfür ist die Tatsache, daß selbst die in Sodenheim usw. wohnenden Angehörigen für Geld und gute Worte keine Kartoffeln erhalten können. ... bleibt nichts anderes übrig, als daselbst zu tun, wie die Karlsruher Arbeiter kürzlich mit Erfolg gemacht haben.“

Der Einsender fügt einen Bericht über eine Massen demonstration der Karlsruher Arbeiter bei, nach welchem kirchlich die Arbeiter der größeren Karlsruher Fabriksbetriebe hinausjagen in die Ortschaften und den erzeugenden Landwirten eindringlich zurufen, was ihnen bevorsteht, wenn sie nicht bald Einkehr halten mit ihrer Preistreiberi in der Lebensmittellieferung und Unterstützung der Wucherer und Schleichhändler. „Kein Wunder“, so heißt es darin u. a., „daß unter dem Eindruck dieser Massendemonstration, deren Wirkung noch erhöht wurde durch Mitführen von Plakaten mit der Aufschrift: „Nieder mit dem Schleichhandel!“, „Nieder mit den Wucherern!“, die Bürgermeister, Pfarrer usw. erklärt, alles anzuhalten durch Versammlungen und Mahnungen an die Erzeuger um den Forderungen der Arbeiter zu entsprechen.“

Das Mannheimer Blatt bemerkt dazu:

„Wir sind prinzipielle Gegner der „Selbsthilfe“, von der man nur weiß, wie sie anfängt, nicht aber wie sie endet. Wenn erit einmal die erregten Massen losgelassen sind, dann ist es zu spät, Überfretungen der ihrem Tun ursprünglich gesteckten Grenzen zu vermeiden. Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten sind meist die traurigen Begleiterscheinungen der „Selbsthilfe“ und das Ende vom Lied ist, daß die Zustände, die man verbessern will, nur noch verschlimmert werden. Deswegen erachtet aber können wir die Stimmung, wie sie in dem oben wiedergegebenen Schreiben zum Ausdruck kommt, wohl begreifen. Sie ist nichts anderes als die Reaktion auf die täglich zu beobachtenden Erscheinungen eines unerschütterlichen Wuchers und eines in hoher Mäße stehenden Schleichhandels, die unserem Volke auch noch den letzten Rest moralischen Gehaltes rauben. Nur eine sofort einsetzende radikale Änderung dieses Zustandes, der immer unerträglicher wird, vermag den in den großstädtischen Massen angehäuften Jähzorn abzulassen und eine Explosion zu verhüten, die — darüber täusche man sich doch ja nicht — entsetzliche Folgen haben müßte. Wenn die Massen erst einmal den Weg der Selbsthilfe beschritten haben, dann dürfte es leicht zu spät sein. Mit Demonstrationen beginnt, mit Wort und Todschatz hört auf! Wer möchte die Verantwortlichkeit für das Ausbrechen des Kampfes aller gegen alle übernehmen? Es liegt heute ganz in dem Belieben unserer Landwirte, ob sie das Schicksal von unserem Volke abwenden oder ob sie es dem sicheren Untergang überantworten wollen. Mögen sie die Zeichen der Zeit erkennen und danach handeln!“

Dem „Südinger Volksblatt“ wird geschrieben:

„Alles wird heute teurer. Schwunghaft gehen die Preise täglich von neuem in die Höhe, kaum einer, der sich in ehrlicher Arbeit seinen Lebensunterhalt verdienen muß, kommt heute noch aus. Neben den staatlich festgesetzten Höchstpreisen zählt man überall noch Wucher- und Schieberpreise. So im Lebensmittel- und Kleiderhandel, beim Mieten von Wohnungen, im Verkehrsweisen, ja sogar jetzt auch — im Theater. In Berlin wurde soeben die Premiere von Pfitzners Kalestrina gegeben. Der Andrang des Publikums war so stark, daß er nicht bewältigt werden konnte. Da fand die wohlwollende Intendantur ein Mittel. Der immerhin schon sehr hohe Preis für einen Logenplatz in der Staatsoper wurde auf fünfzig Mark heraufgeschraubt. Was aber war die Folge? Es stellten sich noch mehr Besucher ein, die „Kunstfreunde mit dem großen Geldbeutel“ umlagerten die Oper, und um dem Verkehrsbehindernden und lebensgefährlichen Gedränge vor den beheizten Räumen des Kunsttempels ein Ende zu machen, entschloß sich die Intendant, den Preis noch einmal zu erhöhen, und zwar gleich um das Doppelte. Ein Logenplatz kostet jetzt einhundert Mark und fünfzig Pfennige. Wer aber glaubt, das Mittel habe „gehungen“, der Andrang nachgelassen, der täuscht sich. Nächstens wird noch eine neue Preiserhöhung vorgenommen werden müssen. Tausend Mark sind ja heute eine Kleinigkeit, wenn „man's hat.““

Aus der Landeshauptstadt.

x. Meine Reise um die Erde mit der Dampfschiff „Margaretha“. Unter diesem Titel fand am 9. Oktober ein sehr gut besuchter Lichtbildervortrag von Bergwerks-Genealdirktor E. Gortz-Sieber in der „Eintracht“ zu Karlsruhe statt. Die 2 Stunden lang in Aufmerksamkeit gefesselten Hörer wurden von der Ostküste Nordamerikas nach Europa, Afrika und Asien bis zurück an die Westküste Nordamerikas geführt, um noch vom San Francisco aus bis nach New York zurück, die Vereinigten Staaten zu durchqueren. Alle bekannten Weltplätze wurden berührt und in trefflichen, teils farbigen Bildern gezeigt, so daß man zu manch Gutem und Bekanntem auch wieder Neuere im Bilde sehen konnte: Die Alhambra zu Granada, das Forum Romanum und die Peterkirche zu Rom, burgartig angelegte Haremshäuser der Badischen bis auf längst vergangene Jahrhunderte bis auf die Neuzeit, die Pyramiden von Gizeh, Krönpaläste der indischen Fürsten, Buddha-Tempel bis zu der städtischen Kirche der Normannen usw. Diese große Bilderreihe wurde interessant verbunden durch einen sorgfältig ausgearbeiteten Vortrag, der wie ein frischer Gebirgsbach plätschernd und quellend die Hörerschaft mit weiterreißt und jeder mann aus diesem Panorama des Weltgeschehens zur Kenntnis von Land und Leuten auch die Geschichte und Kultur hierzu in Erinnerung brachte. Wie vieles aus dem Orient mährchenhaft von dem Gehörten und Gesehenen anmutete, so war auch die Veranstaltung der geschickten Weltreise selbst märchenhaft. Ein amerikanischer Zeitungsmann veranstaltete zur Feier des 19. Geburtstages seiner Tochter diese Reise, wozu auch der als deutscher Afrikareisender (unter Wissmann) bekannte Vortragsende als Gast aufgenommen worden war. Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 30. September d. J. beschlossen, den Privatdozenten an der Universität Freiburg außerordentlichen Professor Dr. Jakob Bitt, zum etatmäßigen außerordentlichen Professor für Dogmatik und theologische Propädeutik an dieser Universität mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. zu ernennen.

Das Justizministerium hat unterm 30. September d. J. dem Justizreferendar Konrad beim Amtsgericht Gernsbach auf Ansuchen aus dem Staatsdienst entlassen.

Das Ministerium des Innern hat unterm 8. Oktober d. J. den Revisor Schäfer beim Bezirksamt Schwenningen zum Bezirksamt Emmendingen versetzt.

Verleihung der Körperrechtsrechte an das Deutsche Forschungsinstitut für Textilstoffe in Karlsruhe betr.

Das Staatsministerium hat mit Entschloßung vom 30. September d. J. dem Deutschen Forschungsinstitut für Textilstoffe in Karlsruhe die Körperrechtsrechte verliehen.

Karlsruhe, den 7. Oktober 1919.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor.

J. B. C. r.

Braun.

Alles, was Mache ist, fällt von ihnen ab. Leid und Freud sprechen sie mit großer Kraft und Offenheit aus, nicht ohne Pathos, das ja im naturalistischen Drama verpönt war. Das Geschickliche des Vorwurfs ist letzten Endes aufgelöst in eine fittliche Weltanschauung, die sich im vorliegenden Fall zu einem Kampfruf gegen den Krieg zusammenballt. Das tiefausdrückende Erleben der Schlacht verleiht diese Menschen zu einer ungeheuren Höhe seelischer Ergriffenheit hin auf, aus der heraus wir versuchen müssen, ihre Worte zu verstehen. Diese einfachen Matrosen treten in dem furchtbaren Augenblick der immer näher rüdenden Schlacht aus der engen Welt des Alltags heraus und finden den Weg zur Selbstbestimmung der Seele. Die Stunde trägt sie, so in erster Auseinandersetzung den ersten und fünften Matrosen, weit über Bildung und geistigen Horizont ihres Standes hinaus und läßt sie Fragen aufrollen, die an die Ewigkeit rühren.

Eine klare Antwort erhalten wir nicht. Auch der fünfte Matrose, der Weiterer, über den im Schlachtentwurf Disziplin und Solidaritätsgefühl wieder die Oberhand gewinnen, ist sich über den Sinn seiner schwankenden Entscheidungen durchaus im Unklaren. Seine Worte sind Explosionen momentaner Stimmungen. Aus einer übermächtigen, inneren Erregung werden oft nur halbverständliche Worte hervorgehoben (Traumscene), in denen sich Seelisches in dumpfem Drange ausdrückt. Wer Klarheit als das erste Ziel erwartet, ist auf falscher Fährte.

Für die Sprache sind Wiederholungen stereotyper Wendungen charakteristisch, die, wie bei Homer oder in der Bibel, eine besondere Bedeutung erhalten, z. B. „Kampf, Probe, Wessen, wer besser ist und mehrbater“. Der Wegfall des bestimmten Artikels in gewissen Verbindungen fällt auf. Die Rede ist gebunden und steigt am Schluß zu Stellen von großer poetischer Schönheit empor.

Ich habe oben gesagt, daß Bruno Schönfeld ein begabter Bahnbrecher des expressionistischen Dramas sei. Denn nur der Begeisterung ist es möglich, sich mit solcher Hingabe für einen Stoff einzusetzen, wie es der Künstler bei seiner gestrigen Regitation wieder getan hat. Als Vortragshörer ist Schönfeld ein Phänomen. Wieder hat er sich die ganze Tragödie zu seinem vollen geistigen Besitz gemacht, so daß er mit souveräner Beherrschung des Stofflichen die Tragödie zu einem erschütternden Erlebnis zu gestalten vermochte. In nüchternem Saal, im Frack, ohne das geringste Hilfsmittel, einzig und allein durch die padende Kunst seines Vortrags gelang es ihm, die Zuhörerschaft in die dargelegte Stimmung der Schiffsbefahrung mit hineinzuversetzen und sie festzuhalten bis zu der letzten Frage, was uns wohl näher gelegen habe, das Weutern oder Schieber. Und durch seine meisterhafte Kunst zu Charakterisieren gelang es ihm, die Wesensart der stärker hervorbreitenden Matrosen anschaulich zu entwideln und ohne viel Worte, durch eine sehr einfache Methode, auseinander zu halten, so daß das Verständnis dadurch sehr gefördert wurde. Hervorzuheben sind die Traumszenen, die er in ihrer unheimlichen Erregtheit sehr gut traf, die große ernste Auseinandersetzung zwischen dem ersten und fünften Matrosen und die erschütternden Wahnsinnsszenen. Die Zuhörerschaft, langsam aus der Ergriffenheit sich wieder findend, verabschiedete begeistertem Beifall. Wundern muß man sich aber doch darüber, daß sich so viele Angehörige literarisch interessierter Kreise einen so großen Kunstgenuss, wie ihn die meisterhaften Regitationen Schönfelds gewähren, entgehen lassen. Auch was Schönfeld einleitend über Goethe's Werke zu sagen wollte und wie er an diesem Schulbeispiel das Wesen des expressionistischen Dramas zu erklären suchte, zeigte, daß er in literarischen Fragen upio date ist und ein reifes, gesundes Urteil besitzt. Hugo Koller.

Generalversammlung des „Vereins Karlsruher Presse“

Der „Verein Karlsruher Presse“, Journalisten- und Schriftsteller-Verein (E. V.) hielt am Dienstag nachmittags eine sehr gut besuchte Generalversammlung ab, die von dem 1. Vorsitzenden Chefredakteur Albert Bergz mit Worten der Begrüßung eröffnet wurde. Der Vorsitzende konnte zunächst der Versammlung den Eintritt einer Reihe neuer Mitglieder bekannt geben. Der von ihm alsbald erstattete Tätigkeitsbericht gab ein Bild vielfacher Arbeit in Berufs- und Standesfragen. Die Zahl der Mitglieder ist erheblich gestiegen; es darf bemerkt werden, daß heute die meisten der in Karlsruhe im Haupt- und Nebenberuf journalistisch tätigen Persönlichkeiten und mehrere hiesige Schriftsteller dem „Verein Karlsruher Presse“ angehören, dessen Beihand an außerordentlichen Mitgliedern ebenfalls zugenommen hat. (Der Verein

umfaßt u. a. die sämtlichen Karlsruher Tageszeitungen mit Ausnahme des „Karlsruher Tagblattes“ — neu hinzukommen der Residenzanzeiger und die „Katerne“ — ferner die „Badische Correspondenz“, die „Südd. Konserbative Korrespondenz“, die „Oberheinische Correspondenz“ und das „Wollfische Telegraphenbüro“).

Nach einer lebhaften Aussprache über den Tätigkeitsbericht wurde einstimmig eine Entschloßung angenommen, in welcher die Generalversammlung dem Vorstand für seine Tätigkeit im abgelaufenen Jahr ihren Dank aussprach. Eine zweite Entschloßung lautete: „Die Generalversammlung billigt in Sachen Kappert die Erklärung und die Motion des Vorstandes“, fand mit allen gegen 2 Stimmen (bei 2 Stimmenthaltungen) Annahme.

Der von dem Kassier Redakteur Binder erstattete Kassenericht zeigte einen erfreulich günstigen Stand der Finanzverhältnisse des Vereins. Dem Kassier wurde der Dank für seine Geschäftsführung ausgesprochen und Entlastung erteilt.

Bei der sich anschließenden Vorstandswahl wurde der bisherige 1. Vorsitzende Chefredakteur Albert Bergz (Badische Presse) nahezu einstimmig (mit 18 gegen 1 Stimme) als solcher wiedergewählt. Durch Juroz wurden gewählt zum 2. Vorsitzenden Walter Günther (Mitglied der Presseabteilung im Ministerium des Innern), zum Kassier Redakteur Binder (Badische Landeszeitung). An Stelle des bisherigen Schriftführers Redakteurs E. Stolz (Oberheinische Correspondenz), der infolge Arbeitsüberhäufung hat, von seiner Wiederwahl absehen zu wollen, wurde Redakteur Wilsch, Führer (Badische Correspondenz) gewählt. Der 1. Vorsitzende sprach hierbei dem langjährigen Schriftführer Redakteur Stolz für seine uneigennütigen Tätigkeit den Dank des Vereins aus und bedauerte, daß der Vorstand gezwungen sei, auf seine wertvolle Mitarbeit künftig verzichten zu müssen. Zu weiteren Vorstandsmittgliedern wurden wieder resp. neu gewählt Chefredakteur E. Amend (Karlsruher Zeitung), Chefredakteur E. Meyer (Badischer Beobachter), Redakteur Winkler (Volkstreuend), Hauptlehrer und Musikreferent Stark und Generalsekretär Dees. Am Schluß der sehr sachlich und ruhig verlaufenden Sitzung machte der 1. Vorsitzende noch einige Mitteilungen über die ins Auge gefaßten nächsten Arbeiten des Vereins, darunter die künftige Veranstaltung geistlicher Zusammenkünfte und künstlerischer Abende.

Gedenket des Volksdank

für unsere zurückkehrenden badischen Kriegsgefangenen!

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Wahlen zu den Handwerkskammern betr.

Gemäß § 6, Abs. 4 der Wahlordnung für die Handwerkskammern und deren Gesellen-Ausschüsse (Ges.-u. B.-O.-Bl. 1913, Seite 103 ff.) bringen wir zur öffentlichen Kenntnis, daß auf Grund der erfolgten Anmeldungen die nachstehenden gewerblichen Vereinigungen mit den beigefügten Mitgliederzahlen sowie die an den entsprechenden Stellen erwähnten Gesellen-Ausschüsse bei den Wahlen zur Handwerkskammer Karlsruhe in den angegebenen Gruppen als wahlberechtigt anerkannt werden.

Bezeichnung der wahlberechtigten Vereinigung	Besteht ein Gesellen-Ausschuss ja oder nein	Anzahl der Mitglieder, mit welcher die Vereinigung wahlberechtigt ist	Bezeichnung der Gruppe, in welcher die Vereinigung zu wählen hat
1 Bäderinnung Karlsruhe-Stadt	nein	158	I
2 Bäderinnung Karlsruhe-Land	nein	78	I
3 Bauervereinigung Karlsruhe	nein	52	I
4 Buchbinderinnung Karlsruhe	nein	26	I
5 Raminfegeinnung Karlsruhe	nein	8	I
6 Metzgerinnung Karlsruhe	ja	166	I
7 Schmiedinnung Karlsruhe	nein	79	I
8 Schuhmachereinnung Karlsruhe	nein	170	I
9 Sattler-, Tapezierinnung Karlsruhe	nein	68	I
10 Wagnerinnung Karlsruhe	ja	36	I
11 Hafner- und Ofenseherinnung Karlsruhe	nein	17	I
12 Küfer- und Küberinnung Karlsruhe	nein	29	I
13 Feisur- und Perückenmacher-Zwangsinnung Karlsruhe	ja	150	I
14 Glaser-Zwangsinnung Karlsruhe	ja	31	I
15 Schneider-Zwangsinnung Karlsruhe	ja	142	I
16 Vereinigung Karlsruher Blechschmiedmeister und Installateure	nein	93	II
17 Verband der Buchbinder im Kammerbezirk Karlsruhe	nein	60	II
18 Vereinigung Karlsruher Fachphotographen	nein	48	II
19 Verband der Möbel- und Wauschreiner Karlsruhe	nein	41	II
20 Maler- und Tünchermeistervereinigung Karlsruhe	nein	97	II
21 Vereinigung selbst. Konditoren für den Kammerbezirk Karlsruhe	nein	70	II
22 Vereinigung Karlsruher Schlossermeister	nein	71	II
23 Vereinigung Karlsruher Uhrmacher	nein	36	II
24 Vereinigung elektrotechnischer Installationsfirmen Karlsruhe	nein	32	II
25 Vereinigung der Graveure und Eisenreue Karlsruhe	nein	9	II
26 Deutscher Buchdruckerverein Bezirksverein Karlsruhe	nein	75	II
27 Verein selbst. Handwerker Eggenstein	nein	40	III
28 Handwerkerverein Lintenheim	nein	16	III
29 Handwerkerverein Ruchheim	nein	30	III
30 Gewerbeverein Graben	nein	54	III
31 Gewerbeverein Karlsruhe	ja	186	III

Die Anmeldungen und Mitglieder-Verzeichnisse liegen während 14 Tagen beim Bezirksamt - Polizeidirektion - (II. Stod, Zimmer 42) öffentlich auf; Einsprachen können in dieser Zeit dargebracht werden.
Karlsruhe, den 8. Oktober 1919.
Bezirksamt - Polizeidirektion. D. 3. 264

Tagesordnung zu der am Dienstag, den 14. Oktober 1919, vormittags 8 Uhr stattfindenden

Bezirksrats-Sitzung.

- Öffentliche Sitzung, Verwaltungssachen
1. Besuch des Josef Neumann hier um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „zum Trompeter von Säckingen“, Kaiserallee 9.
 2. Besuch des Albert Gaumesser hier um Erlaubnis zum Betrieb der Personalgastwirtschaft „zum Europäischen Hof“, Ettlingerstr. 39.
 3. Besuch des Peter Kanger hier um Erlaubnis zum Betrieb der Gastwirtschaft mit Branntweinschank „zum Weinberg“, Waldhornstr. 49.
 4. Besuch des August Friedrich Gauer in Blankenloch um Erlaubnis zum Betrieb der Gastwirtschaft „zum Löwen“ in Blankenloch.
 5. Besuch des Reinhard Süß, Küfer in Graben, um Erlaubnis zum Betrieb der Realwirtschaft „zum goldenen Hirsch“, in Graben.
- Nicht öffentliche Sitzung:
6. Rücktritt einiger Bezirksratsmitglieder.
 7. Festsetzung von Unterstützungen für Familien in den Dienst getretener Mannschaften.
- Karlsruhe, den 7. Oktober 1919.
Bad. Bezirksamt. D. 3. 263

Zahlungsaufforderung.

Das 4. Viertel der Vermögenssteuer, Einkommensteuer und Beförderungsteuer, der damit zu entrichtenden Gemeindefumlage, die 2. Hälfte der Handelskammerbeiträge müssen bis spätestens 14. Oktober entrichtet werden. Vom 15. Oktober an werden Verzugsstrafen erhoben und vom 22. Oktober an Pfändungsanordnungsgebühren erhoben. Gemahnt wird nicht. Man zahle bargeldlos.
Karlsruhe, den 9. Oktober 1919.
Staatsteueramt. Finanzamt.

Gesucht 4000000 Mk.

für bad. Stadtverwaltung zu 4 1/2% Zins, 10 Jahre unkündbar. Gest. Anfragen an die Exped. dieses Blattes unter H.16.

Stahldrahtmatrizen

f. j. Weißt. n. Maß, Metallbetten, Posteraufst. an jedem. Katalog. frei. Eisenmöbelsfabr., Sulz i. Th.

Bekanntmachung.

Die Firma „Hochschule für Musik“, G. m. b. H., i. L. in Mannheim ist erloschen. Gläubiger werden aufgefordert, sich zu melden. D. 418.3
Mannheim, 7. Okt. 1919.
Der Liquidator:
Dr. Theodor Alt,
Rechtsanwalt, B 2, 7.

Badischer Binnenverkehr u. Wechselverkehr deutscher Bahnen.
Die Bestimmungen des Anhangs 3 zum gemeinsamen Fest A über Nachnahmehaftung im Verkehr mit der Schweiz, den nordischen Ländern und den Niederlanden, die auch im Badischen Binnenverkehr sinngemäß angewendet wurden, treten mit sofortiger Gültigkeit außer Kraft. D. 419
Karlsruhe, 9. Okt. 1919.
Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

Die Frage der deutschen Beamten

Von Dr. Hermann Friebolin

Preis M 2.70 u. 40% Feuerungszuschlag

Aus dem Inhalte: Anstellung, Beförderung und Versetzung, Disziplinarwesen, Gehalts- und Pensionswesen, staatsbürgerliche Rechte, Pflichten außerhalb des Berufes, Stellung der Regierung gegenüber den Beamten. Ausgestaltung eines neuen Beamtenrechts unter Berücksichtigung der Verschiedenheit einzelner Beamtengruppen

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. B.

Badisches Landestheater

Samstag, den 11. Oktober 1919. Für die Pensionsanstalt:

„Das Dreimäderlhaus“

Anfang 7 Uhr. Kleine Preise.

Nordschleswiger!

beteiligt Euch an der demnächst stattfindenden Abstimmung darüber, ob Eure engere Heimat vom Deutschen Reich losgetrennt werden soll oder nicht. Eine gemeinsame Fahrt aller in Baden befindlichen Nordschleswiger ist geplant. Mittel stehen zur Verfügung. Nähere Auskunft erteilt Bezirksrat Julius Schramm, Freiburg i. B., Reformhotel Freiburger Hof.

Selten hohe Gewinnchance!

Eilt! — Eilt!
Genehmigt für Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Braunschweig, Bremen.

12. Geld-Lotterie

zur Wiederherstellung der Lorenzkirche
Ziehungen am 16. und 17. Oktober 1919

- 125 000 Mark
- 50 000
- 20 000
- 10 000
- 1 000 usw.

Original-Lose in jeder Auswahl versendet inkl. Porto und Gewinnliste zum Preise von Mk. 3.30 auch gegen Nachnahme

Der Generalvertrieb Karl Meier

Hamburg - Eilbeck.
(Liste wird jedem Besteller unaufgefordert übersandt)

Alttertümer:

Porzellanfiguren, Tassen, Teller, Möbel, Uhren, Gläser, Stickereien, Bilder, Bücher, auch ganze Bibliotheken, sucht fortwährend zu kaufen
Antiquar Sasse, Kaiserstr. 233. Tel. 1154

Bekanntmachung.

Das Bezirkskommando Karlsruhe ist ab 1. Oktober 1919 dem Reichsarbeitsministerium unterstellt und führt von jetzt ab die Bezeichnung „Versorgungsstelle Karlsruhe“
Karlsruhe, den 7. Oktober 1919.
Versorgungsstelle Karlsruhe
(bisher Bezirkskommando Karlsruhe)

Schmierseife!

weiß ca. 6-10 Proz., in Bleichem von 10 u. 20 kg. Brutto für Netto, und Rübel von 25 u. 50 kg Netto, pro kg 1.80 M offeriert zu prompter Lieferung (Probe-eimerlieferung — 5 bis 10 Eimer — Nachnahme).

C. Birringer, Otterberg (Pfalz).

Seife, Material- und Farbwaren en-gros.

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
Aufgebot.
D. 305.2. Bonndorf.
Das Amtsgericht Bonndorf hat mit Beschluß vom 16. September 1919 das Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Todeserklärung der verschollenen 1. Agnes Göb, geb. am 13. Januar 1847 in Dillendorf, zuletzt wohnhaft in Ewatingen, 2. Marie Köhl geb. Göb, geb. am 5. März 1880 in Ewatingen, 3. des Carl Friedrich Göb, geb. am 24. April 1867 in Ewatingen angeordnet.
Gemäß § 864 BPO. ergeht an die Verschollenen die Aufforderung, sich spätestens in dem am Freitag, den 30. April 1920, vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Bonndorf bestimmten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen werde.
Gleichzeitig ergeht an alle, welche Auskunft über Leben und Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.
Bonndorf, 16. Sept. 1919.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

D. 400. Säckingen.

Im Konkursverfahren über den Nachlaß des am 7. Februar 1915 in Säckingen verstorbenen Kaufmanns Gustav Malzacher sind 12 583.10 M. verfügbar für festgestellte Forderungen im Betrage von 26 067.60 M., darunter 315 M. bevorrechtigte. Das Verzeichnis der Forderungen ist auf der hiesigen Gerichtsschreiberei zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.
Säckingen, 7. Okt. 1919.
Der Konkursverwalter:
Dr. Ebner, Rechtsanwalt.

D. 443.2.1. Gernsbach.

Fabrikarbeiter Josef Wunsch, Solzhauer Michael Wunsch, Emilie Wunsch in Vermerzbach u. Emma Franke geb. Wunsch in Baden-Baden haben beantragt, die verschollenen Franz Karl Barth, Zimmermann, geb. 9. Juli 1809 zu Vermerzbach, dessen Ehefrau Maria Anna Barth geb. Wunsch, geboren am 5. Aug. 1814 dafelbst, sowie deren Kinder namens: Paulina Barth, geb. am 18. November 1841, Maria Josefa Barth, geb. am 9. Mai 1844, Clemens Barth, geb. am 11. April 1848 und Karolina Barth, geb. am 17. August 1850 zu Vermerzbach, welche sämtliche im Jahre 1853 von Vermerzbach aus, wo sie zuletzt wohnhaft waren, nach Amerika ausgewandert u. seitdem vermißt sind, für tot zu erklären.
Die bezeichneten Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf
Montag, 26. April 1920, nachmittags 4 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anerkennenden Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todesklärung erfolgen wird.
In alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.
Gernsbach, 7. Okt. 1919.
Bad. Amtsgericht.